

Geheimdienst-Leak: USA bespitzelten offenbar auch UN-Chef Guterres



Neu aufgetauchte Dokumente im Rahmen des massiven Datenlecks von US-Geheimdokumenten bestätigen einem Bericht zufolge auch das Auspähen von UN-Generalsekretär Antonio Guterres. Wie die BBC am Donnerstag berichtete, legten die Dokumente eine enge Überwachung des 73-jährigen Portugiesen nahe, bei der auch Gespräche mit seinem Stellvertreter Amina Mohammed belauscht werden sollen. Aus den Papieren gehe zudem hervor, dass die Vereinten Staaten Guterres' Verhalten gegenüber Russland angesichts des Ukraine-Krieges für zu weich halten.

„Die Notwendigkeit, die Unverletzlichkeit der UN-Kommunikation zu respektieren, gilt für alle Mitgliedsstaaten“, reagierte Guterres' Sprecher Stephane Dujaric in New York. Er bedauerte, dass private Gespräche „verzerrt und öffentlich“ gemacht wurden. Doch der Generalsekretär sei schon seit geraumer Zeit eine Person des öffentlichen Lebens. „Daher ist er nicht überrascht von der Tatsache, dass Leute ihn ausplaudern und seine privaten Gespräche abhören.“

Dass die Vereinten Nationen vor allem im Hauptquartier in New York oder auch beim Sitz in Genf dauerhaften Spionageversuchen einiger Mitgliedsstaaten ausgesetzt sind, gilt als offenes Geheimnis.

SCHLAGWORTE: [guterres](#)



Krieg in der Ukraine

Vereinte Nationen besorgt über Hinrichtungen - Kiew widerspricht Darstellung

Aktualisiert am 24.03.2023, 23:43 Uhr



Diese Kriegsgefangenen konnten in ihr Land zurückkehren, viele andere wurden im Ukraine-Krieg offenbar hingerichtet (Aufnahmedatum: 24. November 2022). © picture alliance/dpa/Russian Defence Ministry/Russian Defence Ministry

0 Lesedauer: 4 Min.

Teilen

Im Ukraine-Krieg sollen Gefangene sowohl durch russische als auch ukrainische Streitkräfte getötet worden sein. Zugang gewährt den UN-Beobachtern aber Kiew, das den Angaben widerspricht.

Die Vereinten Nationen haben sich am Freitag besorgt gezeigt über Hinrichtungen von Kriegsgefangenen während des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Unterdessen starben weitere Zivilisten in dem Land durch russische Angriffe. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj soll in Aachen mit dem Karlspreis ausgezeichnet werden.

Die Vereinten Nationen sind „zutiefst besorgt“ über bekannt gewordene Hinrichtungen von bis zu 25 russischen und 15 ukrainischen Kriegsgefangenen in der Ukraine, schreibt die Leiterin der UN-Menschenrechtskommission in der Ukraine, Matilda Bogner, am Freitag auf einer Pressekonferenz in Kiew. Die Taten seien „oft unmittelbar nach der Gefangenennahme auf dem Schlachtfeld“ verübt worden, sagte Bogner. Der UN seien dazu laufende Ermittlungen von ukrainischen Seiten in fünf Fällen mit 22 Opfern bekannt. Es seien jedoch keine Verurteilungen von Tatern bekannt.

Kiew: Keine Tötung russischer Kriegsgefangener durch ukrainische Truppen

Der ukrainische Menschenrechtsbeauftragte Dmytro Lubinez widersprach den Angaben der Vereinten Nationen, es gebe keine Beweise für die Tötung russischer Kriegsgefangener. Die Ukraine verletzte die Rechte der Gefangenen nicht und halte sich an internationale Abkommen, teilt er im Nachrichtenkanal Telegram mit. Rooner und ihre Kollegen hätten die Vorwürfe bei Treffen mit ihm nie.

angesprochen. Zugleich wies Lubinez auf eine Vielzahl russischer Kriegsverbrechen in der Ukraine hin.

Auf russischer Seite sind nach UN-Angaben 11 der 15 bekannten Hinrichtungen durch die Wagner-Söldnergruppe verübt worden. Anfang März hatte ein Video einer mutmaßlichen Hinrichtung eines ukrainischen Kriegsgefangenen weltweit für große Empörung gesorgt.

Russland gewährt keinen Zugang zu Kriegsgefangenen

Von der UN seien zudem über 400 Kriegsgefangene interviewt worden, so Bogner weiter. Es seien zwar Gefangene von beiden Seiten befragt worden, doch gebe Russland den UN keinen Zugang zu ukrainischen Kriegsgefangenen.

Von etwas über 200 interviewten ehemaligen Gefangenen Russlands habe die Mehrzahl von Misshandlungen vor ihrer Internierung berichtet. Bei Verhören seien die Gefangenen vom russischen Militär und Geheimdienst geschlagen, an Strom angeschlossen, angeschossen, mit Messern verletzt und mit Scheinbeleidigungen bedroht worden. Die Haftbedingungen seien zudem auf russischer Seite sehr schlecht. Mindestens fünf Kriegsgefangene seien jeweils wegen unzureichender medizinischer Behandlung oder an den Misshandlungen gestorben.

Neun ukrainische Zivilisten innerhalb eines Tages getötet

In der Ukraine sind unterdessen innerhalb eines einzigen Tages mindestens neun Zivilisten bei russischen Angriffen getötet worden. Weitere 26 seien verletzt worden, teilte der Pressedienst des ukrainischen Militärs am Freitag im Nachrichtenkanal Telegram mit. Betroffen von Angriffen waren demnach acht Gebiete des Landes, dabei insbesondere das östliche Donezker Gebiet. Bei Verhandlungen folgte wurden dort allein bei einem [Angriff auf ein Obdachlosenheim in der Stadt Kostjantyniwka](#) drei Menschen getötet und zwei weitere verletzt.

Die Vereinten Nationen haben in dem inzwischen mehr als 13 Monate andauernden russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine mehr als 8.300 getötete Zivilisten registriert. Die Organisation geht aber aufgrund des fehlenden Zugangs zu den russisch besetzten Gebieten von weitauß höheren Opferzahlen aus.

Freigelassene berichten über Folter und Misshandlungen

Von den Todesfällen bei Zivilisten seien „mehr als 90 Prozent durch Raketen, Sprengstoffwaffen, Minen und explosive Rückstände verursacht worden“, sagte Bogner. In den Russland besetzten Gebieten seien Hinrichtungen von Zivilisten und willkürliche Festnahmen dokumentiert worden. Mindestens 621 Menschen seien entweder verschwunden oder gewalttätig von den russischen Besatzern festgenommen worden. Die Freigelassenen berichteten zu 90 Prozent von Folter und Misshandlungen.

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj soll am 14. Mai den Karlspreis überreicht bekommen. „Wir arbeiten auf diesen Termin hin“, sagte eine Sprecherin der Stadt Aachen am Freitag. Ob es wirklich dabei bleibe, hänge von der weiteren Entwicklung in der Ukraine ab. Traditionell findet die Karlsverleihung eigentlich am Feiertag Christi Himmelfahrt (18. Mai) statt, dies sei aber wegen Terminkollisionen nicht möglich.

Selenskyj soll Karlspreis erhalten

Ob Selenskyj persönlich komme oder per Video zugeschaltet werde, werde sich möglicherweise erst sehr kurzfristig entscheiden, sagte die Sprecherin. Zuvor hatte die „Aachener Zeitung“ berichtet.

Lesen Sie auch: [Russland fehlt es britischen Geheimdienstexperten zufolge an militärische Ausbildern](#)

Selenskyj und das ukrainische Volk erhalten den Karlspreis 2023 für ihre Verdienste um Europa. In der Begründung des Karlspreisdirektoriums heißt es, dass das ukrainische Volk unter Selenskys Führung nicht nur die Souveränität seines Landes und das Leben seiner Bürger verteidige, „sondern auch Europa und die europäischen Werte“. Mit der Verleihung werde unterstrichen, dass die Ukraine Teil Europas sei.

Taliban erlassen Anordnung: Arbeitsverbot für afghanische UN-Mitarbeiterinnen



© UNOCHA/Charlotte Cans

Die *de facto* Regierung in Afghanistan hat gestern eine Anordnung erlassen, die es afghanischen Mitarbeiterinnen der Vereinten Nationen verbietet, weiter zu arbeiten.

„Unsere Kollegen und Kolleginnen bei der UN-Mission in Afghanistan (UNAMA) haben eine Anordnung der *de facto*-Regierung erhalten, die weiblichen, afghanischen UN-Mitarbeiterinnen die Arbeit verbietet“, sagte UN-Sprecher Stephane Dujaric. „Wir prüfen noch, wie sich diese Entwicklung auf unsere Operationen im Land auswirken wird. Wir erwarten Mittwoch weitere Treffen mit der *de facto*-Regierung in Kabul, bei denen wir versuchen, uns Klarheit zu verschaffen.“

Nach dem Sturz der afghanischen Regierung durch die Taliban im August 2021 verpflichteten sich die Vereinten Nationen im Land zu bleiben, um humanitäre Hilfe zu leisten. In Afghanistan sei rund die Hälfte der Bevölkerung, also 23 Millionen Männer, Frauen und Kinder, auf humanitäre Hilfe angewiesen, betonte Dujaric.

Trotz der anfänglich relativ konstruktiven Gespräche mit den Taliban habe die fundamentalistische Führung im vergangenen Jahr unter anderem beschlossen, Frauen den Zugang zu höherer Bildung zu verbieten und Frauen aus vielen öffentlichen Räumen auszuschließen.

Eine offizielle Meldung der Taliban-Führung habe angekündigt, dass die Anordnung für das ganze Land gelte, so Dujaric. „Wir hoffen, dass wir vom Sicherheitsrat starke Worte dazu hören werden“, sagte er und wies darauf hin, dass die UN-Mission in Afghanistan unter Sicherheitsrat-Mandat arbeite.

Für UN-Generalsekretär Guterres sei ein solches Verbot inakzeptabel und „offen gesagt unvorstellbar“, so Dujaric. „Es versteht sich von selbst, muss aber offenkundig leider gesagt werden, dass weibliches Personal für die Vereinten Nationen unerlässlich ist, um lebensrettende Hilfe zu leisten.“

Vergangenen Dezember hatten die Taliban bereits Mitarbeiterinnen humanitärer Nichtregierungsorganisationen die Arbeit untersagt. Die Einschränkungen galten zunächst nicht für die Vereinten Nationen.

Im Januar 2023 äußerte sich die stellvertretende UN-Generalsekretärin, Amina Mohammed, mit der Befürchtung, dass die *de facto*-Regierung als nächstes die Arbeit afghanischer Frauen bei internationalen Organisationen einschränken könnte.

SCHLAGWORTE: [Afghanistan](#) | [frauen](#) | [guterres](#)



diesem Jahr angekommenen Menschen auf 31.192.

SCHLAGWORTE: [IOM](#) | [migration](#)



Machtkampf

Opferzahlen im Sudan steigen

17. April 2023, 10:13 Uhr | Lesezeit: 3 min



Dunkle Rauchwolken verdunkeln den Himmel über Khartum. (Foto: -/AFP)

Der Konflikt zwischen den zwei mächtigsten Männern und ihren Militäraparaturen im Sudan eskaliert weiter. Am Montag will der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen über die Lage beraten.

Im Sudan haben sich die schweren Gefechte zwischen den rivalisierenden Lagern der zwei mächtigsten Männer des Landes fortgesetzt. Anwohner in der Hauptstadt Khartum berichteten von anhaltenden Schüssen und Explosionen. Aber auch in anderen Teilen des Landes am Nil gingen die Kämpfe weiter - etwa in der Hafenstadt Port Sudan am Roten Meer und in der Stadt Merowe, die über einen wichtigen Flughafen verfügt.

Bislang seien 97 Menschen getötet worden, teilte die sudanesische Ärzte-Organisation mit. Weitere 492 Menschen, unter ihnen Soldaten wie Zivilisten, seien verletzt worden. Bereits in der Nacht zum Montag meldete die Weltgesundheitsorganisation (WHO) 83 Tote und mehr als 1000 Verletzte. Die Opferzahlen könnten jedoch noch deutlich steigen. Am Montag will der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in New York über die Lage beraten.

Der Machtkampf im Sudan lässt das flächemäßig drittgrößte Land Afrikas mit seinen etwa 46 Millionen Einwohnern und reichen Öl- und Goldvorkommen im Chaos versinken. Wer dort auf dem Schlachtfeld gerade die Oberhand hat, ist angesichts der unübersichtlichen Lage und widersprüchlichen Angaben beider Konfliktparteien unklar. Sowohl die sudanesischen Streitkräfte unter dem Befehl des *de facto*-Präsidenten Abdel Fattah al-Burhan als auch die von seinem Vize Mohammed Hamdan Daglo angeführte paramilitärische Gruppe Rapid Support Forces (RSF) verbreiten Erfolgsmeldungen, deren Wahrheitsgehalt sich kaum überprüfen lässt.

Ausgelöst wurde der Konflikt laut Beobachtern durch einen Streit über die Integration der RSF in das Militär als Teil des Übergangs zu einer civilen Regierung. In dem von schweren Wirtschaftsproblemen gebeutelten Sudan hatten Massenproteste 2019 zum Sturz des jahrzehntelangen Herrschers Omar al-Basir geführt. Daran waren die Armee und die RSF beteiligt. Militär und zivile Gruppen einigten sich damals auf eine Übergangsregierung. Faktisch teilen sich die RSF und das Militär die Macht im Land, doch spannungsfrei war das Verhältnis beider Lager nie.

Im Oktober 2021 kam es zu einem Putsch, bei dem das Militär die Macht vollständig übernahm. Seitdem wurde bei Protesten immer wieder der Rückzug des Militärs aus der Politik gefordert. RSF-Chef Mohammed Hamdan Daglo, genannt Hemediti, hatte sich zuletzt an die Spitze einer Bewegung gestellt, die das Land nach eigenen Angaben in die Demokratie führen will.



Mohammed Hamdan Daglo (auch Dagalo) ist Chef der RSF, die das Land - so behaupten sie - in die Demokratie führen will. (Foto: MOHAMMED NURELDIN ABDALLAH/REUTERS)

Die RSF hatten nach Ausbruch der Kämpfe am Samstag erklärt, sie hätten die Kontrolle über den Präsidentenpalast, die Residenz von General Abdel Fattah al-Burhan und den Flughafen von Khartum übernommen. Am Sonntag hieß es, die Armee habe die Kontrolle über einen Großteil des Präsidentenpalastes zurückerobered. In Khartum waren am Sonntag Schüsse und Explosionen zu hören. Geschützwagen und gepanzerte Fahrzeuge fuhren durch die Stadt. Banken und Behörden blieben geschlossen.

Zeugen berichteten von Artilleriefechten auch in den Städten Omdurman und Bahri nahe Khartum. Schüsse fielen demnach auch in der Hafenstadt Port Sudan (Bur Sudan) am Roten Meer, aus der zuvor keine Kämpfe gemeldet worden waren.

Das Welternährungsprogramm der UN stellt nach eigenen Angaben im Sudan die Arbeit ein

Zeugen und Anwohner sagten, ein großes Problem seien Tausende schwer bewaffnete RSF-Kämpfer, die in Vierteln von Khartum und anderen Städten stationiert seien und von offizieller Seite nicht kontrolliert werden könnten. Das staatliche Fernsehen stellte seine Sendungen mit der Begründung ein, die Ausstrahlung von RSF-Propaganda zu verhindern.

Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) erklärte, es habe seine Arbeit in den vom Hunger geplagten Gebieten des Sudan zunächst beendet, nachdem drei sudanesische Mitarbeiter bei Kämpfen getötet und ein WFP-Flugzeug auf dem Flughafen von Khartum getroffen worden sei.

Aufgrund der schweren Gefechte in Khartum sind die Krankenhäuser in der Hauptstadt, in deren Umland rund sechs Millionen Einwohner leben, laut WHO überlastet. Wasser- und Stromausfälle sowie fehlender Treibstoff für die Stromgeneratoren der Krankenhäuser erschweren den Betrieb weiter.

Die USA, China, Russland, Ägypten, Saudi-Arabien, die Vereinten Nationen und die Europäische Union forderten ein Ende der Kämpfe. Der saudische Außenminister Faisal bin Farhan Al-Saud führte nach Angaben staatlicher Medien Telefongespräche mit Burhan und Hemediti.

Drei ostafrikanische Präsidenten wollen als Vermittler in den Sudan reisen, um den Konflikt beizulegen. Kenias Präsident William Ruto, Südsudans Präsident Salva Kiir und Dschibutis Präsident Ismail Omar Guelleh sollen zum frühestmöglichen Zeitpunkt in Khartum eintreffen, teilte die kenianische Regierung mit. Der Sudan forderte, man solle dem Land eine interne Lösung ohne ausländische Einmischung erlauben.

Reflexion

Beim Lesen der Zeitungsartikel und Schlagzeilen ist mir einmal mehr bewusst geworden, wie viele Konflikte und Probleme es weltweit gibt, die oft kaum beachtet werden. Die Arbeit der Vereinten Nationen ist dabei von großer Bedeutung, um Menschen in Not zu helfen und Konflikte zu entschärfen. Auch wenn sie oft kritisiert werden sind sie für viele Menschen Lebensretter.

Ein Ereignis, das mich besonders interessiert hat, war die Anordnung der Taliban, afghanischen UN-Mitarbeiterinnen das Arbeiten zu verbieten. Das zeigt einmal mehr die Unterdrückung von Frauen in Afghanistan durch die Taliban, die seit dem Abzug der USA wieder an Einfluss gewonnen haben. Es ist besorgniserregend, dass die Taliban trotz internationaler Bemühungen nicht davon abgehalten werden können, ihre menschenfeindliche Ideologie durchzusetzen.

Mit dem erschreckenden Artikel über die verstorebenen Migranten im Mittelmeer in 2023 wurde mir auch klar, dass oft das größte Hinderniss für die UNO, die Zusammenarbeit und Mitarbeit der Länder ist. Viele dieser Tode hätten verhindert werden können, wenn sich Länder wie Italien mehr für die Rettung von Flüchtlingen einsetzen würden.

Die Neuigkeiten der Ausspionage Guterres von den USA verdeutlicht auch die fehlende Zusammenarbeit der UNO mitgliedsstaaten. Obwohl es den Mitgliedern bereits bekannt ist, dass sie, vor allem in New York und auch Genf ausspioniert werden, ist diese Nachricht trotzdem bedauerlich.

Auch die Berichte über Hinrichtungen in Russland und den Konflikt im Sudan haben mein Interesse geweckt. Besonders beunruhigend ist dabei die Situation im Sudan, wo die Rapid Support Forces weiterhin Menschenrechtsverletzungen begehen und für Unruhe im Land sorgen.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Ereignisse in den Nachrichten oft besorgniserregend sind und unsere Aufmerksamkeit erfordern. Die Arbeit der UN und anderer Organisationen ist dabei unerlässlich, um Konflikte zu entschärfen und Opfern von Menschenrechtsverletzungen zu helfen. Wir sollten uns alle bemühen, uns über die Ereignisse in der Welt auf dem Laufenden zu halten und uns für eine bessere Zukunft einzusetzen.

Wörter: 320

Quellen

- <https://unric.org/de/iom13042023/>
- <https://unric.org/de/taliban-erlassen-anordnung-arbeitsverbot-fuer-afghanische-un-mitarbeiterinnen/>
- <https://unric.org/de/guterres14042023/>
- <https://web.de/magazine/politik/russland-krieg-ukraine/vereinte-nationen-besorgt-hinrichtungen-kiew-widerspricht-darstellung-37968312>
- <https://www.sueddeutsche.de/politik/sudan-militaer-rapid-support-forces-kaempfe-1.5803451>